

zusammen gegen die Stellung der Partei bei der Reichstagswahl. Die Verhinderung der Parteiführung der Reichstagswahl gegen die Wiederwahl sozialistischer Abgeordneter an.

Kampf im Reich! Bei den Stadtverordneten-Wahlen zweiter Klasse in Köln hatte das Zentrum mit einer Mehrheit von etwa 180 Stimmen. Dieser hatte die national-liberale Partei die zweite Klasse behauptet, durch die Wahl dreier Zentrumskandidaten wird die bisherige liberale Stadtverordnetenmehrheit bedeutend geschwächt.

Die polizeilichen Maßnahmen. Der Minister des Innern hat, wie die „Reue Polit. Korresp.“ meldet, eine genaue Untersuchung der in letzter Zeit vorgekommenen polizeilichen Übergriffe veranlaßt, soweit es sich dabei um Vorgänge in Betrieben handelt. Nach dem Ausfall der Ermittlungen werden Maßnahmen getroffen werden, derartige unliebsame Vorkommnisse für die Folge zu vermeiden. — Derartige Untersuchungen sind schon oft veranlaßt worden, leider haben sie keine Besserung im Gefolge gehabt.

Im Soldatenmilitarismus vorzuziehen hat der kommandierende General des 18. Infanterie-Regiments, neuerdings eine Beförderung erloschen, welche besonders für Neuzugene in Betracht kommt. In dieser Beförderung wird hauptsächlich darauf hingewiesen, daß die zur Ausbildung kommandierten Unteroffiziere während des Dienstes sich drei Schritte von den Mannschaften fern zu halten haben.

Wegen Maleskiatsbeleidigung wurde in Dortmund der Kantor A. Rönnerke zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er ist Ende September in sehr betrübtem Zustand seinem Kollegen Strohbach die Worte losgelassen. Da man glaubte, R. habe sich nicht schämen wollen, wurde ein Gerichtsbescheid erlassen, der zur Verhaftung führte. Unterwegs nun hat R. die Verhaftung fallen lassen. Im Termin gab er an, so stark betrunken gewesen zu sein, daß er sich auf nichts besinnen könne.

Ausland.

Ein sehr hartes Urteil über Deutschland fällt der bekannte russische in Paris anläßliche Soziologe Rodionow im „Caravan“ im Anschluß an die vom „Mercur de France“ veranfaßte C. quete über den Zustand Deutschlands in der Welt: „Ein großer humanitärer Gedanke, kein lebendiger Dasein der Hoffnung, keine edelwüchtige Anregung kommt jetzt aus Deutschland. Es mag ja sein, daß dieses Land die beste Armee der Welt besitzt. Aber das genügt nicht. Eine Nation ist nur groß durch das, was sie auf dem Gebiete des Lebens wirkt, aber nicht durch das, was sie auf dem Gebiete des Todes vollbringt.“ — Der Rodionow überlebt wohl ganz und gar die Sozialdemokratie und ihre weltbewegenden Einflüsse auf allen Gebieten des menschlichen Lebens.

Für die Arbeitslosigkeit in Saarland. Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages brachte am Freitag die bereits im vorigen Jahre vorgelegten Gesetzentwürfe über Staatsbeiträge zu den Arbeitslosen-Unterstützungsstellen der Gewerkschaften und über Maßnahmen gegen die außerordentliche Arbeitslosigkeit wieder ein.

Deutscher Reichstag.

216. Sitzung. Donnerstag, den 20. November, 1 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten: Graf v. Posadowski, Frh. v. Hammerstein, v. Niddel.

Die zweite Beratung des Zolltarifgesetzes wird bei dem von der Kommission neu eingefügten § 10a fortgesetzt, der Bestimmungen über

die Aufhebung der kommunalen Abgaben auf Getreide, Hülsenfrüchte, Mehl und andere Mühlenfabrikate, Getreide auf Pflanzungen, Vieh, Fleisch, Fleischwaren und Fett enthält.

Die Sozialdemokraten beantragen Ausdehnung dieser Bestimmungen auch auf sonstige landwirtschaftliche Erzeugnisse und Streichung der in der Vorlage enthaltenen Beschränkung, daß diese Bestimmungen auf das zur Vorbereitung bestimmte Maß keine Anwendung finden.

Abg. Hübner (freil. Vp.): Da man jetzt daran geht, auf Getreide, Vieh und Fleisch v. ganz außerordentlich erhöhte Zölle zu legen, ist die Aufhebung der hohen indirekten Steuern, die viele städtischen Kommunen auf die notwendigen Lebensmittel legen, um so gerechtfertigter. In Breslau beträgt die Belastung, die aus dem Oktroi entsteht, 1 Mark pro Kopf, in Frankfurt 3 50 Mk., in Köln 2 50 Mk., in Potsdam 4 70 Mk., in Wiesbaden 3 20 Mk. u. s. w. Ein Oberlehrer Universitätsprofessor konstatiert, daß die Aufhebung der städtischen Oktrois sofort eine Herabsetzung der betrübenden Steuern herbeiführen würde, wo immer sie erfolgt sei. Die Behauptung, daß die Aufhebung des städtischen Oktrois überall eine unerwünschte Erhöhung der direkten Kommunalsteuern herbeiführen werde, hat sich in der Praxis nirgends be-

stätigt. Es ist beachtenswert, daß derartige Behauptungen ganz besonders in Dresden geäußert werden, wo die antilebensmittelkonserativen Herren vom Hauptamt am Ruder sind, die die Einführung eines gerechteren Steuerrechts stets mit allen Mitteln bekämpft haben. (Sehr richtig! links.) Wenn Sächsischland und speziell Bayern durch diesen Paragraphen zu einer Reform der Kommunalsteuer-Verfassung gezwungen werden sollten, so wäre das nur zu begrüßen. (Sehr wahr, links.)

Den weiteren Abschluß, der für die Malabgaben eine Ausnahme schafft, haben wir beantragt, um unserem Gesamtantrag keine unüberwindlichen Schwierigkeiten zu bereiten. In Antrag Albrecht auf Streichung dieses Absatzes bitten wir abzulehnen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die verbundenen Regierungen sind noch wie vor der schon in der Kommission geäußerten Ansicht, daß es sich bei diesem Paragraphen um eine Verfassungsgesetzänderung handelt, die bei dieser Gelegenheit vorzunehmen, wir für sehr bedenklich halten. Bis zu den verfassungsmäßigem treten materielle Bedenken. Durch die Aufhebung des Oktrois würden viele bisher geordnete Gemeindeverhältnisse in Unordnung geraten. Ein Regierungsvertreter wird die materiellen Bedenken noch näher darlegen.

Präsidentischer Minister des Innern Freiherr v. Hammerstein: Im Namen der Regierungen von Preußen, Bayern, Baden, Sachsen, Württemberg, Hessen, der sächsischen Staaten und Elsaß-Lothringens muß ich Sie auf die schweren Bedenken aufmerksam machen, die dem Kommissionsbeschlusse entgegenstehen. Schlacht- und Malabgaben werden noch in 1912 Gewinnen erhoben; die Gebührenden haben im letzten Jahre die immerhin beträchtliche Summe von 15 Millionen Mark betragen. Der Kommissionsantrag wird nach Ansicht der Regierungen die Finanzlage der beteiligten Kommunen nicht nur gefährden, sondern geradezu zerstören. Gerade der letzte Moment allgemeiner wirtschaftlicher Depression ist der allerungeeignete für die Aufhebung des Oktrois. Der Antrag bedeutet ferner einen schweren Eingriff in die Selbstverwaltung; man will den Gemeinden vorkreiden, wie sie ihre eigenen Finanzen ordnen sollen. Der von der Rente vertretenen Standpunkt, daß stets die direkte indirekten Besteuerung vorzuziehen ist, mag theoretisch richtig sein; ist aber in der Praxis nicht immer durchzuführen. Wenn ein Steuerzahler durch Aufhebung des Oktrois 8 Mk. pro Jahr spart, darunter 2 Mk. oder 1 60 Mk. direkte Steuer zahlt, so wird er die Ersparnis nicht merken, die direkte Steuerabgabe aber unangenehm empfinden. Ich möchte weiter darauf hinweisen, daß fast in allen Städten, wo Kommunalabgaben erhoben werden, die Einkommen bis zu 900 Mk. von Kommunalabgaben frei sind. Das würde in dem Augenblick wegschalen, wo der Paragraph Annahme findet. — Keine Gemeinde hat daran gedacht, bei der angeleglichen Plebisziten die angelegte zu hohen Schlachtgebühren zu befreieren; die Stadtverordnungen, auch die freisinnige in Berlin, haben sich damit begnügt, Entschuldigungen für die Plebisziten zu verlangen. (Jurist links.) Die Aufhebung des Oktrois für das Gemeinwohl und speziell für die arbeitenden Klassen haben nur möglich im Rahmen einer geordneten Finanzverwaltung. Wenn Sie in diese eingreifen, schädigen Sie dabei in erster Linie gerade die Arbeiter. Aus allen diesen Gründen bitte ich um Ablehnung des Kommissionsantrags.

Abg. Reich (kons.) erklärt im Namen der Reichsregierung, daß sie als Verfassungsgesetz ablehnen zu müssen.

Präsidentischer Minister v. Hammerstein berichtet seine vorigen Ausführungen dahin, daß es sich in Berlin nicht um eine Schlachtsteuer, aber um hohe Schlachtgebühren handle. Ferner verweist er auf die Ablehnung der Aufhebung der Schlachtsteuer durch den Straßburger Gemeinderat. (Lachen links.)

Abg. Herold (Zentr.): Wir stimmen für Getreidezölle aus Rücksicht auf die Landwirtschaft, nicht um der Realisierung neuer Finanzmaßnahmen zu schaffen. Die städtischen Oktrois bedeuten eine doppelte Belastung und damit eine Verheerung der Lebensmittel nach zwei Seiten hin. Um diese zu verhindern, haben wir für diesen Paragraphen gestimmt. Was die Getreidezölle den Bauern einbringen, wird ihnen durch die städtischen Oktrois wieder genommen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Das die Städte auch ohne Oktrois auskommen können, wird schon durch die Zölle bewiesen, das es in vielen Gegenden keine städtischen Oktrois gibt. (Sehr richtig!) Um der Regierung die Zustimmung zu dem Paragraphen zu erleichtern, werden wir uns einer weiteren Voraussetzungen des Textes seines Inkrafttretens nicht widersetzen.

Sehr gefast hat mich die energische Betonung der Selbstverwaltungsgesetze durch den Herrn Minister. Möge er auch sonst die Konsequenzen daraus ziehen! Verfall im Zentrum und links.) Falls der Paragraph eine Verfassungsänderung herbeiführt, so steht unter solchen Umständen nichts im Wege, wofür nicht 14 Mitglieder des Bundesrats widersprechen. Das die Sozialdemokraten für den Kommissionsantrag sind, freut mich; ich liebe aber mit Bedauern ihre Finesse schwach bedingt. (Lachen bei den Sozialdemokraten. Lebhaftes Aufheben.) Sehr gut! Bravo! im Zentrum.)

Abg. Singer (Soz.): Meine Freunde werden dem Kommissionsbeschlusse zustimmen. — Herr Herold hätte seine Behauptungen in Bezug auf die Sozialdemokratie lieber bis zur dritten Lesung aufheben lassen. Wir werden dann ja sehen, welche Partei bei der

endgültigen Abstimmung stärker besetzt sein wird, die Sozialdemokraten oder das Zentrum. (Sehr gut! bei den Soz.) Im Übrigen freut mich, daß das Zentrum wenigstens in dieser Lesung noch denselben Standpunkt einnimmt wie wir.

Herr von Hammerstein hat mit seiner Rede nur bewiesen, daß er ein begeisteter Anhänger der indirekten Steuern ist. Das würde sich auch schon vorher zeigen. Graf Posadowski hat neben der materiellen Begründung auch die Verfassungsfrage aufgeworfen. Mit diesem Vorwand operiert die Regierung jedes Mal, wenn sie sich gegen einen Antrag erklärt. Wenn die bayerischen Städte die Oktrois angeblich nicht entbehren können, so liegt das an der schlechten Einkommensstruktur der Bevölkerung in Bayern. Die Doppelbesteuerung der wichtigsten Lebensmittel ist etwas Ungehöriges. Dem 1892 Gemeindefiskus die Herr von Hammerstein nannte und die eine Mahl- und Schlachtsteuer haben, stehen 30 bis 40 000 Gemeindefiskus ohne eine solche Steuer gegenüber. Wenn 15 600 000 Mark, ganz abgesehen von der Bereicherung der Lebensmittel durch die agrarischen Klassen von den Kommunen in einer Weise aufgebracht werden, die die Massen des Volkes erheblich befruchtet, so muß das zulässig sein, diese ungerichteten Abgaben zu beseitigen. Der Minister sagte, die Aufhebung der indirekten Steuern würde die Finanzen vieler Städte geradezu zerstören. Damit hat der Minister sich einer Steuerrhetorik bedient, die ich heute im Deutschen Reichstagslaum noch für möglich gehalten hätte.

Diese Theorie führt uns in das vergangene Jahrhundert zurück und von dem, der solche Theorie entwickelt, kann man nicht behaupten, daß er auch nur ein geringsamer der Entwicklung der Volkswirtschaft gefolgt wäre. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Behauptung, daß die Oktrois keinen Einfluß auf die Preise der Lebensmittel haben, ist nicht richtig. Die Preise würden ohne die städtischen Oktrois eben niedriger sein. Der Minister hat weiter mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Arbeiterfamilie 50 Prozent für die Ernährung ausgeben müsse. Das hätte sich die Regierung bei Einbringung der kommunalen Einkommenstandards feststellen lassen müssen. Herr von Hammerstein bekämpfte die Oktrois auch im Interesse der Selbstverwaltung. Die preussische Regierung als Hüterin der Selbstverwaltung, das ist wirklich neu. (Sehr richtig! bei den Soz.) Ich schlage allen Thesen so ins Gesicht, daß man sich wirklich wundern muß, daß ein preussischer Minister so etwas sagt. Das eine Arbeiterfamilie an Oktroi mehr zu bezahlen hat, als bei Erhebung der untersten Steuerstufe an direkten Steuern, könnte sich der Minister doch an seinen fünf Fingern ablesen. In Potsdam beträgt die Summe, die an Oktroi erbracht wird, bei einer Arbeiterfamilie von fünf Köpfen 32 Mk., in Bosen 27 Mk., in Breslau 29 Mk., in Aachen gar 33 Mk.

Die Verbilligung der städtischen Oktrois hat eine große soziale Bedeutung. Man wird eingeworfen, wir wollen einseitig, ohne für Ersatz zu sorgen. Das ist nicht die Aufgabe des Reichstages. Die Städte müssen dann eben den Weg der direkten Besteuerung beschreiten. Die 15 Millionen, die jetzt die Oktrois einbringen, müßten auf einem vernünftigeren Weg aufgebracht werden. Gerade die städtischen Oktrois tragen zur Vertheuerung der Lebensmittel und der Verschlechterung der Lebensführung des Volkes bei. Ihre Aufhebung kann höchstens kapitalistische Interessen schädigen, inwiefern die besitzenden Klassen durch direkte Steuern belastet werden müssen. Was wäre das für ein Unglück! Der Vorwand, daß dann die Reichsfinanzen mürben, fällt bei einem Reichsparlament fort. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn es nach Herrn v. Hammerstein ginge, müßten eigentlich die Städte, die heute die Oktrois abgeschafft haben, sie schleunigst wieder einführen. Wir in Berlin erheben keine Schlachtsteuer, sondern nur eine Schlachtgebühren. Die Behauptung, daß diese Gebührenden die Bevölkerung in derselben Weise befruchte, wie die städtischen Oktrois, ist nicht zutreffend. Wenn wir bei Gelegenheit des Jahres, dessen Schicksal wir auf das Lebhafteste wünschen, wenigstens durch Zwang auf die Regierung die Oktrois aufheben können, würde das ein Vorteil sein, zu dem wir gern die Hand bieten würden. (Lebhafte Beifall b. d. Soz.)

Bayerischer Ministerialdirektor v. Geiger (auf der Tribüne) verstandlich polemisiert gegen Singer, der den dem Bayerischen Landtag vorgelegten Steuerreformplan ganz außer Acht gelassen habe. Die Aufhebung der Oktrois werde eine Steigerung der direkten Steuern in München um 11 Proz., in Nürnberg um 20 Proz., Würzburg um 40 Proz., in Straubing um 60 Proz. herbeiführen. Die von sozialdemokratischer Seite beantragte Aufhebung der Malabgabe würde eine noch größere Steigerung im Gefolge haben.

Vizepräsident Büsing teilt mit, daß ein Antrag Singer's nameutliche Abstimmung über den § 10a eingeleitet ist.

Abg. Baasche (nat.): Ohne Frage wirken die städtischen Oktrois, die der Landwirtschaft in keiner Weise nützen, vortheilhaft. Andererseits sind aber auch die Bedenken der Regierung nicht der Hand zu weisen. Daher stimmen wir aus tatsächlichen Gründen gegen den Kommissionsantrag, und bekräftigten die schon der Kommission vorgelegene Resolution unseres Parteivorstandes, wonach erst nach 10 Jahren dieser Einwirkung der Selbstverwaltung der Gemeinden vorgenommen werden soll. (Bei den Nat.)

Abg. v. Kardorff (Apt.): Meine Partei ist schon im 60er Jahren für die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuern eingetreten. Aber aus demselben tatsächlichen Grunde, weil Herr Baasche sich gegen den Kommissionsbeschlusse. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Soweit sind wir noch nicht, daß der Reichstag als die Gelege macht. Damit müssen Sie warten, bis Sie am Reichstag sind. (Gruß rechts.) Für den Fall der Annahme des § 10a antworten wir, ihn erst vom 1. April 1910 an in Kraft treten zu lassen.

Abg. Gothein (freil. Vp.): Wer theoretisch gegen das Oktroi, muß auch in der Praxis für seine Aufhebung eintreten. Die Regierung wird, davon bin ich überzeugt, den § 10a auch schließlich eine ernsthafte Widerstandsfähigkeit trau ich ihr nicht zu. (Sehr richtig! links.) Es ist, trotz der Behauptungen des Ministers v. Hammerstein, Thatsache, daß breite Schichten an faktischer Lebensführung leiden. Es kommt eben nicht bloß auf das Quantum sondern auch auf die Zulammenfassung der Nahrung an. (Sehr richtig! links.) Wenn der Herr Minister also ein Erstgenussmüß für die Arbeiter wünscht, so müßte er für die Aufhebung des Oktrois sein. Herr Herold ist auch mit Recht davon, daß wir verhältnismäßig hohe Zölle haben. Ich verstehe nur nicht, wie er dann noch höhere Zölle beantragen kann. (Sehr gut! links.)

Die städtische Verbilligung des Herrn von Hammerstein und des Abg. Reich für die Selbstverwaltung ist sehr lobend, leider haben die großen Städte von dieser platonischen Liebe nichts; will der Herr Minister wirklich etwas für sie thun, so gebe er ihnen die längst behagte Folge-Autonomie: die Rhodas, die Sata! In Dresden sind gerade die konservativen und die ultramontanen Stadtverordneten gegen die Aufhebung des Oktrois gestimmt. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Öffentlich wird die Haltung des Zentrums die Zentrumsstadtverordneten in Breslau nannte, unheimlich. Herr Herold erklärt die Aufhebung der Oktrois für das vorzüglichste Mittel, die Parteideutschen in den Städten zum Schweigen zu bringen. Möge er die Konsequenzen daraus ziehen und gegen die Volksvereine so sehr aufregenden Vorkommnisse sammeln! (Lachen rechts, Bravo! links.)

Abg. Graf Kanitz (kons.) erklärt, für den § 10a nicht stimmen zu können, weil diese ganze Materie nicht zur Reichsgesetzgebung gehöre, sondern der Landesgesetzgebung überlassen werden müsse. Dennoch hoffe ich, daß die Gemäßigten, welche sich in dieser Hinsicht der großen Mehrheit des Reichstages gescheit hat, auf die Verbilligung dieser veralteten Steuer hinwirken werden.

Abg. Reich (Soz.) erklärt sich im Namen einer Reihe sozialistischer Städte gegen den Paragraphen. Selbst er in seiner Rede die Sozialdemokraten behandelnde Gemeinderat von Mühlhausen, der sich, die Verbilligung ablehnen.

Abg. Dr. Zubeckum (Soz.): Die schon von Herrn v. Hammerstein erwähnte Petition des Rathes der Stadt Dresden ist wohl ein klägliches Zeug, das dem Reichstag in letzter Zeit aus diesem Gebiete ist. Der Beweis, daß in der That die Lebensmittel der Bevölkerung vertheuert werden, ist leicht zu führen. Der Reichstag hat die Verbilligung der Lebensmittel in Dresden, und auch in

Elisabeth Vazquez von Genua, im Bürgerhospital von Jurea (Remont) verlor, hatte sich brüchig mit dem Krankenschwester Gabriel Wilio verlobt. Der Wochenrathe der Fräulein nach Genua, besorgte die nötigen Papiere zur Verlobung und erwachte ein kleines Geschäft. Am 3. d. Mts. erhielt „Suor Teresa“ den Gläubigen, entließ heimlich und eile trunken vor Freude in der Nacht zu Fuß von Jurea nach Turin, wo sie am Nachmittag des 10. im Mutterhaare Schleier und Tüchlein abwarf und ganz unentdeckt am Abend den Geliebten traf, der ihr entgegengefahren war. Die Strapazen des 55 Kilometer langen Marsches, das langwierige Fahrensgefühl und die Gemüthsberührung wirkten aber so übermächtig, daß die glückliche Braut am Muttertraue von einem Schlagapoplexie verstarb.

Zunahme des Raubraubs in London. Eine Jarenhaus-Stadt der Londoner Gesundheitsverwaltung zeigt eine Verdoppelung der Diebstahlsfälle während der letzten vier Jahre. Auf eine Bevölkerung von 4 1/2 Millionen kommen jetzt 21 500 Diebstahlsfälle. Als Ursache der Diebstahlsfälle werden hauptsächlich angegeben: Unzufriedenheit, geistliche und häusliche Sorgen.

Archivare Feuerbrand. Nach einer Meldung aus London verlor eine diebstahl-archivare Feuerbrand die wertvolle Handelsbibliothek. 1500 Bücher und viele Zeitschriften sind verbrannt, die übrigen sind unbeschädigt. Die Bibliothek war in einem Keller unter dem Hauptgebäude des Archivars untergebracht.

Archivare Staatsbürgerschaft in Australien. Australien wird in der letzten Zeit schwer heimgesucht. Die außerordentliche, jahrelange Dürre hat den Grassand zerstört und das Land bloßgelegt. In Folge dessen haben die Städte den Staat aufgegeben und haben Sammensetzungen. Staatsbürgerschaft von befristeter Zeitlichkeit werden aus den Südstaaten gerufen. Die Zeit war die und schließlich trübend und sich in Hitze und Dürre, wie es in den Provinzen heißt, der Dürre. Bismarck wurde der Staat zwölf Meilen entfernt getragen, und viele Schiffe sind in Wüsten verunglückt. Die glückliche Stadt war für den Tag in Dunkelheit getaucht, und das Volk suchte in einer Art Panik den Schutz in den Häusern. In vielen Stellen wurden die Eisenbahnen mit großen Schwierigkeiten bedeckt, so daß der Verkehr fast ganz gestoppt war. In den Zwischenräumen suchte man die Straßen zu säubern, aber die Bemühungen waren nutzlos. So stand die Bevölkerung in großer Verwirrung, und alle Bedenken mußten bis nach dem Aufheben der Staatsbürgerschaft aufgegeben werden. Die Stadt Queensland in dem großen Südwesten Riverina in New-South-Wales war in eine Dunkelheit eingehüllt. Nach dem Wunde trat ein prägnanter Schock ein. Die Staatsbürgerschaft wurde plötzlich plötzend von der Dürre. Die Dürre war gewaltig und durch die letzten Staatsbürgerschaft in den letzten Jahren verurteilt. Nach dem Staatsbürgerschaft von Folge überließ man sich 5 Jahren der Dürre: aber schließlich Dürre kam, waren sie nicht von den langen erlöschenden Regenflüssen befreit.

Aus aller Welt.

Die Kälte. Aus allen Ecken Europas laufen Meldungen über harte Einfrieren der Temperatur unter Null, harte Stürme und Schneefälle ein.

In Frankfurt a. M. hat gestern der erste Schneefall in diesem Winter stattgefunden. — In ganz Österreich-Ungarn den hiesigen hiesigen Nachrichten. Die Temperatur ist bis 12 Grad unter Null gesunken. — Aus dem französischen Provinzen werden folgende Schneefälle gemeldet. — In Venden herrscht seit Freitag heftige Kälte. In der letzten Nacht wurden vier Grad unter Null erreicht. — Aus Belgien meldet man: Die Schneefahrt auf der Waige ist eingestellt. — Aus Ostpreußen werden 10 Grad Kälte gemeldet. In Tschu würde heftiger Schneefall. Die Kälte ist in Folge der verheerenden Straßen lebensgefährlich, eine Verbindung mit der Umgebung ist unmöglich. Von allen Seiten werden Unfälle gemeldet.

Eisenbahnunglück. Ein Schnellzug fuhr in Station Schwarzenfeld in Bayern auf einen Güterzug. Ein Dampfer und ein Waggonwagen wurden zerstört. Bei dem Unglück entstand ein erheblicher Schaden. Die Eisenbahn ist bis 12 Grad unter Null gesunken. — Aus dem französischen Provinzen werden folgende Schneefälle gemeldet. — In Venden herrscht seit Freitag heftige Kälte. In der letzten Nacht wurden vier Grad unter Null erreicht. — Aus Belgien meldet man: Die Schneefahrt auf der Waige ist eingestellt. — Aus Ostpreußen werden 10 Grad Kälte gemeldet. In Tschu würde heftiger Schneefall. Die Kälte ist in Folge der verheerenden Straßen lebensgefährlich, eine Verbindung mit der Umgebung ist unmöglich. Von allen Seiten werden Unfälle gemeldet.

Nicht zu befechten! Zur Zeit befechten sich in München zwei Revolutionäre mit einer neuen Schöpfung, die auf den Zustand von unerschütterlichen Grundsätzen in einem eigens zu diesem Zwecke von engagierten Helfern angelegt. Als Kämpfer und Kämpfer befechten sich, wobei die Kämpfer mit einer Gruppe von 10000 Mann in einer Schmelze. Sämtliche Bedingungen waren genau festgelegt, zur selben Zeit der Kämpfer erleidet — bis auf eine, die die Kämpfer, der Herr Kämpfer und Kämpfer muß sich schon von wegen des Kämpfers und der Kämpfer selbst zum Kämpfer befechten und Kämpfer sich nur allezeit der Kämpfer zu Gemüthe führen. In diesem Kämpfer befechten sich der ganze Kämpfer, denn der Kämpfer Kämpfer befechten sich nach den „Kämpfer Kämpfer“. Ja, wenn Sie, meine Herren, ausklammern und verdamnen ihn: das Jung Kämpfer, aber Kämpfer Kämpfer ist der Kämpfer Kämpfer.

Der Hafen von Schwarmünde ist in der letzten Nacht ganzlich eingeeisnet. Die Fahrgäste können denselben wegen des Eises nicht mit Schiffe verlassen.

Au der Schwelle des Glücks. Der Schwärmer Lärm!

Stimmen die Beschlüsse richtig billiger verkauft werden können, als in der Stadt selbst. (Hört! Hört! S. d. S.)

Reider haben auch die Freikantigen dort, wo sie die Mehrheit haben, dieselbe nicht daran gehindert, die Ostros aufzuheben. (Widerstand bei den Freikantigen. Rufe: Rühmlich!) Die Herrschaft der Sozialdemokraten in Mühlhausen dauert jetzt rund 6 Wochen, in Mühlhausen hat die freikantige seit 6 Generationen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Der Herr Coburg, der praktisch in der Mühlbacher Stadtverwaltung tätig ist, wird bald Gelegenheit finden, für einen sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung der Mühlbacher Ostros einzutreten. Wir hoffen, durch diesen Antrag den Freikantigen einen gewichtigen Stimulus zu geben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Amendement v. Karborski, wonach die Bestimmungen des § 10a erst vom 1. April 1910 ab gelten sollen, wird angenommen. Die Amendements Albrecht werden abgelehnt. Die Abstimmung über den § 10a selbst ist eine namentliche. Er wird mit dem Amendement v. Karborski mit 145 gegen 90 Stimmen angenommen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Freitag 12 Uhr vertagt. Schluß 5 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Gemeindevahlfrage. In Crimmitschau wurde zum ersten Male nach einem neuen Regutativ gewählt, durch das man der Sozialdemokratie das Wasser abgraben zu können hoffte. Dabei fielen, wie bereits kurz gemeldet, in der ersten Abtheilung der Partei alle sechs Mandate mit überwältigender Majorität zu. Während die Gegner 65 bis 69 Stimmen erhielten, wurden auf unsere Kandidaten 736 bis 738 Stimmen abgegeben. Diese Abtheilung können die Gegner für immer verloren geben.

Heiße Kämpfe um die Herrschaft in der Gemeinde wurden seit einigen Jahren in der Liebenau von der reaktionären Hauptstadt Gera ab. So in Unterhausen, einer ehemaligen räumlich räumlichen Hausdomäne. Dort stimmten jetzt von 671 eingetragenen Wählern 610 ab. Der Kampf ging um acht Mandate, von denen drei bisher sozialdemokratisch vertreten waren. Das Ergebnis war die Wahl von vier Sozialdemokraten und vier Gegnern. In Bühren bei Gera stimmten sogar von 321 eingetragenen Wählern 307 ab. Zwar wurde kein Parteigenosse gewählt, doch brachten es unsere Kandidaten auf 141 bis 150 Stimmen, so daß sie bei der nächsten Wahl bestimmt auf den Sieg rechnen können. Gatten sie doch bei der vorigen Wahl nur 83 bis 109 Stimmen. — In Gera selbst wurden am Dienstag fünf sozialdemokratische Mitglieder des Gemeinderaths gewählt.

In Gerafrath bei Solingen wurden alle drei Kandidaten unserer Partei so gut wie einstimmig gewählt. Sie erhielten 252, 253 und 255 Stimmen, die drei gegnerischen Kandidaten erhielten je 2 Stimmen.

Ein sozialdemokratischer Sieg. Bei den in Trüberg im Schwarzwald festgestellten Bürgerauswahlgewahlen der dritten Klasse wurden von 10 zu wählenden Kandidaten 9 Sozialdemokraten gewählt. Dieser Erfolg ist um so höher anzuschauen, als die Hälfte der gegnerischen Kandidaten zugleich auf dem 3-klassen- und nationalliberalen Zettel standen. — Auch auf dem Schwarzwald geht's vorwärts.

Gewerbegerichtswahl in Mannheim. Bei den erstmals nach dem System der Proportionalvertretung vorgenommenen Neuwahlen zum Gewerbegericht in Mannheim erhielten in der Klasse der Arbeitnehmer die Liste der freien Gewerkschaften 3012, die Liste der vereinigten christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 884 Stimmen. Die Arbeitgeber gaben 449 Stimmen für die Liste des Fabrikantenvereins und 103 für die des Gewerkschaftsvereins ab. Auf Grund dieses Zahlenverhältnisses erhalten die Gewerkschaften von den 33 Arbeitnehmersitzen 25, die vereinigten christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften 8, von den Arbeitgebersitzen die erstere 5, die Gegner 28. — Der Wahlausfall bedeutet einen allgütigen Erfolg der freien Gewerkschaften, gegen die diesmal die christlich-Hirsch-Dundersche Koalition alle ihre Kräfte mobil gemacht hatte, um den „sozialistischen Terrorismus“ zu kürzen.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 21. November.

Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die Beratung der Magistratsvorlage betr. den Ankauf von Terrains in der Scheiniger Vorstadt zum Gesamtpreis von einer halben Million Mark führte zu einer fast zweistündigen Debatte. Herr Stadtv. Heilberg nahm ebenso wie der Oberbürgermeister die Gelegenheit wahr, den Herren von der freien Vereinigung ihre hinterhältige Kampfesweise vorzuführen. Man kann den liberalen Herren darin nicht Unrecht geben. Während die Kandidaten der Freien Vereinigung bei den Stadtverordnetenwahlen furchtbare Enttäuschung über die angeblich lüderliche und verschwenderische Wirtschaft der Liberalen zeigen, stimmten dieselben Herren in der Stadtverordnetenversammlung selbst in fast jedem einzelnen Falle, wo es sich um große Ausgaben handelte, für diese Ausgaben. Auch gestern war keiner der Herren im Stande oder auch nur geneigt, sachlich die Agitationsweise der Konservativ-Liberalen zu vertreten. Es wollte, wie Heilberg konstatierte, eben Niemand gewesen sein. Die Herren rächten sich für die Abfertigung dadurch, daß sie behaupteten, es spreche nur der Kerger über die Niederlage aus den liberalen Rednern.

Auch die Frage der Wohnungsreform spielte in der Debatte eine Rolle. Während Herr Dr. Kurella aus der Begründung der Magistratsvorlage etwas hoffnungsfreudig ein gewisses Streben nach Besserung unserer Wohnungsverhältnisse herausfinden wollte, erklärte Professor Sombart, daß diese Vorlage nicht etwa eine Wohnungsreform fördere, sondern sie vielmehr erschwere. Das Gelände solle nur zur Anlage öffentlicher Gebäude und Plätze benutzt werden und damit steigere man nur den Werth der anliegenden privaten Grundbesitzer. Wenn die Stadt eine Wohnungsreform wolle, müsse sie von ihr erworbenes Terrain zur Errichtung privater Wohngebäude verwenden.

Die Sitzung wird um 1 1/2 Uhr vom Vorsteher, Geheimen Justizrath Dr. Freund, eröffnet. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen, unter anderem der Monatsniederlegung des Stadtv. Kästel, werden ohne Debatte folgende wesentliche Vorlagen angenommen:

Instandsetzung der Operationsbaracke des Allerheiligen-Hospitals; Änderung der Sitzungsbestimmungen der Hospitalverwaltung; Beschaffung von Mitteln für die Verlegung des Bahnhofs; Vertrag mit der Elektrischen Straßenbahn Breslau über die Kreuzung ihrer Linien durch die städtische Straßenbahn; Trainierung von Flächen des Friedhofes bei Städtischen; Rückversicherung eines Theiles der bei der Stadtsocietät gegen Feuer versicherten Grundstücke; Ankauf des St. Barbara-Altars für das Kunstgewerbemuseum; Kündigung des Oberbürgermeisterlichen Dienstvertrages; Erhöhung der Beiträge für den Sponsorenverein von 5000 auf 6000 Mk.

Die Vorlage betreffend anderweitige Grundstücke-Verkaufung für die Grundstücke Bognerstraße 8, 5, 7 und 7a ging an den Grundbesitzernauschlag, diejenige wegen Festsetzung des Gehalts für den neuen Raum merer an den Wahl- und Beschaffungsausschlag. Einige Eingangsprotokolle der Werra-Hausbau-Kommission wurden ohne Debatte zur Annahme genommen.

Ankauf von Grundstücken. An dem Kanal zwischen Fährbrücke und Fährschleuse (Santborst) sollen 14.942 Dekar für 524.680 Mark angekauft werden. Der Berichterstatter John führt aus, die Bauordnung müsse dahin abgeändert werden, daß das Terrain nicht in der Weise ausgetastet werde, daß die Stadt verpflichtet werde, für öffentliche Anlagen zu sorgen zu müssen. Es ist zu hoffen, daß die Vorlage, mit Ausschluß einer Parzelle, zur Annahme kommen müsse. Er beantragt Überweisung der Vorlage an die Ausschüsse IV und V. Oberbürgermeister Dr. Bender gibt zu, daß die Parzelle theuer sei. Dem Magistrat sei es auch sauer geworden, den geforderten Preis zu acceptieren. Allein man werde später das Terrain nicht billiger erhalten können. Stadtv. Dr. Kurella begrüßt die Vorlage insbesondere deshalb, daß nun eine Trennung für die Universität errichtet werden solle. Er hoffe, daß mit der Vorlage nicht nur mehr Licht und Luft geschaffen, sondern auch der Wohnungsreform eine freundlichere Berücksichtigung zu Theil werden solle. Er beantrage, die Vorlage noch dem Ausschuss VI zu überweisen. Oberbürgermeister Dr. Bender möchte zunächst den Vorredner fragen, was er unter Wohnungsreform verstehe. Darauf komme es allein an. Im Weiteren führte der Redner aus, es sei sehr schwer, Einwirkung auf die Bauweise zu erlangen. Stadtv. Heilberg begrüßt, daß auch der Stadtv. John die Nothwendigkeit einer Revision anerkenne. Eine Kritik an dieser Vorlage würde am allerwenigsten gerechtfertigt sein. Er möchte wünschen, daß die Gegner der Vorlage sich hier aussprechen möchten. Stadtv. Dr. Schwarzer meint, es sei sehr schwer, augenblicklich Stellung zu nehmen zu einer Vorlage, welche verlockend begründet sei. Allein der Stadtverordnete müsse doch Bedenken haben, wenn bei der jetzigen Finanzlage wieder 1/2 Million ausgegeben werden solle. Er möchte zunächst wissen, wie hoch die Steuern im nächsten Jahre steigen würden. Stadtv. Dr. Böhler hält den Standpunkt des Stadtv. Dr. Schwarzer für einen beschränkten. (Rufe: Oho!) Wir müssen dem Oberbürgermeister für seine weitläufige Bodenpolitik dankbar sein. Durch diese Vorlage würde später einmal eine Million erspart werden. Oberbürgermeister Dr. Bender gibt zu, daß jetzt eine Reihe kostspieliger Ausgaben gemacht werden. Allein am Grundbesitz habe die Stadt noch nichts verloren. Es sei nicht richtig, wenn jetzt einzelne Kreise zustimmen und draußen dem Magistrat den Vorwurf machen, daß der Magistrat zu viel kaufe. Die Leute sollten doch auch draußen sagen, daß sie auch für den Hofen und die elektrische Bahn gestimmt haben. Die letztere sei einstimmig beschlossen worden und hinterher werde dem Magistrat der Vorwurf gemacht, daß er die Bahn gebaut habe. Ein solches Verhalten könne kein gutes Zusammenarbeiten gewährleisten. Stadtv. Dr. Schindler hält ein einzelnes Terrain für zu theuer, da es nicht recht verwendungsfähig sei. Stadtv. Bischoff weist darauf hin, welche Mühe es mache, eine solche Vorlage fertigzustellen. Die Grundstücke, welche die Stadt bisher gekauft, würden, wenn sie heute verkauft würden unter Berechnung der Zinsen das Doppelte, einzelne Grundstücke das Dreifache bringen. Stadtv. Dr. Schwarzer weist darauf hin, daß in den letzten Jahren die Bevölkerung um 20 Prozent, der Etat um 100 Prozent gestiegen sei. Wohin solle denn das führen? Gegenüber solchen Vorlagen müsse man vorsichtig sein. Die Stadt solle nur das kaufen, was sie brauche, und nicht spekulieren. Stadtv. Dr. Scharf erklärt die polemische Art gegen den Stadtv. Bischoff und behauptet, daß die Bürgervereine die Unternehmungen der Stadt, wie Hofen und elektrische Bahn, durchaus begünstigt hätten. Stadtv. Dr. Heilberg weist darauf hin, daß die Erwartungen nicht anstößigen, welche einzelne Stadtverordnete von dem Landankauf erwarten. Auch diejenigen Bodenreformer, welche in der Versammlung seien, bekämen sich in ihren Anschauungen im Freibum. Im Uebrigen begrüße er die verschiedenen Unternehmungen der Stadt, auch wenn sie zur Zeit noch keine Rente abwerfen. Oberbürgermeister Dr. Bender bemerkt, die Bürgerchaft würde es nicht verstehen, wenn die Verwaltung, wie vor etwa 12 Jahren, geführt werden sollte. Man könnte auch die Steuern herabdrücken, wenn man verschiedene Ausgaben weglassen könnte. Würde dies aber von der Bürgerchaft verstanden werden? Mit der Willon für Grund und Boden an der Uferstraße habe man die technische Hochschule nach Breslau gezogen. Stadtv. Heilberg freut sich der Debatte, da sie gewisse Klarheit gebracht habe. Der Redner fragt, wer gegen die einzelnen Unternehmungen der Stadt gestimmt habe? Man solle doch an den einzelnen Vorlagen hier Kritik üben und nicht draußen. Stadtv. Dr. Sombart führt aus, daß diese Vorlage mit der Bodenreform gar nichts zu thun habe. Eine sozialpolitische Bodenreform würde erst eintreten, wenn das Terrain zu Wohnungszwecken verwendet würde. Der Magistrat treibe nur fiskalische Bodenpolitik, er will nur für seine Grundstücke günstige Grundstücke erwerben. Stadtv. Dr. Heilberg gibt zu, daß wir eine gute Verwaltung hätten, aber eine sehr theure. Wenn im nächsten Jahre die Steuern wieder wachsen sollten, so würde die Unzufriedenheit in der Bürgerchaft immer mehr wachsen. Stadtv. Dr. Scharf ist der Ansicht, daß bei dieser Debatte absolut keine Veranlassung vorgelegen habe, da der Referent der Freien Vereinigung, Stadtv. John, die Vorlage begrüßend beantwortet habe. Er glaube, daß diese Debatte ein Anstoß des Argers über den Anstoß der Stadtverordnetenwahl sei. Nach weiterer, unweiliger Debatte wird die Vorlage den Ausschüssen IV, V und VI überwiesen.

Ein Dringlichkeits-Antrag geht dahin, die Kosten für die Vertheilung Breslaus an der deutschen Sächsischen Ausstellung in Dresden zu demüthigen und zu diesem Zweck 50.000 Mk. in den nächsten Etat einzustellen. Stadtv. Klee bittet den Magistrat, sich zu beschließen, damit die Kostensumme von 50.000 Mark nicht überschritten werde. Nach weiterer Debatte wird die Vorlage genehmigt und kurz nach 7 Uhr die Sitzung geschlossen.

Sozialdemokratischer Verein. In der Mitglieder-Versammlung am Montag Abend wird die Besprechung des Programms der sozialdemokratischen Partei fortgesetzt bei den Punkten „Frauenfrage“, „Religion ist Privatsache“ und „Schule“.

Stadttheater. Heute Freitag findet die Premiere von Umberto Giordano's Oper „Fedora“ statt. Morgen Sonnabend wird Richard Wagner's romantische Oper „Lauhäuser“ gegeben. Am Sonntag gelangt Pilety's große Oper „Die Jädin“ zum ersten Male in dieser Saison zur Aufführung.

Opertheater. Oscar Blumenthals und Gustav Kadelburgs Lustspiel „Das Theaterdorf“, das bei allen bisherigen Vorstellungen lebhafteste Theaters erregt hat, wird heute Freitag zum vierten Male gegeben. Morgen Sonnabend findet die erstmalige Aufführung in deutscher Sprache von Oscar Wilde's Schauspiel „Lady Windermere's Fächer“ statt. Der Uebersetzer Herr von Tschernberg ist hier eingetroffen, um den letzten Proben beizuwohnen.

Theatertheater. Darlebens Offiziersgastbude „Kofenmontag“, die in der vorigen Spielzeit zahlreiche Aufführungen erregt hat, wird Sonntag im Theatraler zur Aufführung gebracht. Der Vorverkauf beginnt Sonnabend von 10 bis 3 Uhr in der Zigarrenhandlung von Reinhold Ludwig, Ring 10/11.

Vollvorstellung im Theatraler. Als 5. Vorstellung für Gruppe V wird heute Freitag Meyer mann's „Sechsd. Die Vorkantung“ gegeben. An der Abendkasse Vorverkauf zu gewöhnlichen Preisen. Die Ausgabe der Billets für die neuen Gruppen E und F erfolgt täglich von 10 bis 2 Uhr in der Kendantur des Stadttheaters.

Strens Garzoni. Dem nächsten Leiter des Unternehmens ist es gelungen, die größte Attraktion der Gegenwart, den Original-Japaner „Little Light“, mit seiner sensationellen Todesfahrt von

der Uferkoppel in die Werra auf seinem Schiffe zu erwerben. Morgen Sonnabend wird der Kanaler gerad anfahren.

In der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung hat jeder Grundbesitzer ein Kind auf sein Bild frei. (Hört! Hört! S. d. S.)

Warnung vor Meppern. Zwei gut gekleidete Männer suchen ganz unbedeutende Waare zu verkaufen; dieselbe muß immer in Waaren 40 Mk. gekauft werden, das Waare enthält gewöhnlich 3 Handtücher, eine Taschentuch und Stoff zu 3 verschiedenen Herren-Anzügen, gewöhnlich blau, grün und grau gemustert, stämmliche Waaren sind zusammen nicht die Hälfte werth und für Arbeiter ganz werthlos, da die Stoffe nicht das Arbeitslohn beim Schneider werth sind. Das Auftreten der Männer ist Anfangs sehr unsicher und suchen sich dieselben immer nur die Hausthür auf, um dieser die Waare als Wegschicksel für die Jungen aufzuschlagen. Also Vorsicht!

Ueberfahren. Am 18. d. Mts., Abends, wurde auf dem Königsplatz ein Schloffer durch einen Wagen umgefahren. Der Mann erlitt Kopfverletzungen.

Zusammenstoß. Am 18. d. Mts., Abends, erfolgte auf der Scheinigerstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einer Equipage. An letzterer wurde die Deichsel zerbrochen.

Feuer. Am 18. d. Mts., Nachmittags, fing in einem Schornstein des Hauses Friedrich-Wilhelmstraße 50 der Ruff Feuer, weshalb die Feuerwehr gerufen wurde. — An demselben Tage fuhr die Feuerwehr nach Rlosse Straße 119, wo in einer Witterwerkstatt eine Menge Hohlgeschosse in Brand gerathen waren.

Gefährten wurden einem Mädchen in einem Tanzlokal ein schwarzer Ballet mit seinem Partner und ein grüner Out, einem Malermeister aus einem Hause auf der Mathiasstraße vier Leitern im Werthe von 50 Mark, einem Schloffer aus einem Grundstück auf der Földenstraße, wo er arbeitete, eine Remontovorg mit einer Nadelstiche, einem Viehhändler in der Nacht um 16. 00 in einem Gasthof der Schmidinger Vorstadt 300 Mark und einem Gärtnergehilfen aus einem Grundstück an der Berliner Chaussee, wo er arbeitete, ein schwarzer glatter Ueberzieher.

Mit Beschlag belegt wurde ein Segelkuchentel mit 20 Mk. Der Eigentümer meldete sich im Zimmer 55 des Polizeipräsidiums. — Am 16. d. Mts., Abends, legte ein junger Mann in einem BadwarenaGeschäft, Mathiasstraße 127, sechs Hühnerchen ein, um dieselben nach kurzer Zeit wieder abzuholen. Da dies aber nicht geschah, wurden die Vögel polizeilich mit Beschlag belegt.

Zimmerer-Versammlung. In dem Bericht über die letzte Zimmerer-Versammlung wird uns berichtend mitgetheilt, daß vom Maurer Widera kein Antrag auf gemeinschaftliche Verhandlung der Tariffrage gestellt wurde und deshalb auch ein solcher Antrag nicht abgelehnt werden konnte. Widera hat nur seinem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß von der bisher geliebten und selbstverständlichen Vorgespräch mit den Maurern Abstand genommen und in Folge dessen auch der Beschluß gefaßt werden konnte, beim Arbeitgeberbund in Sachen des Tarifs anzutreten. Die Versammlung gab ihrer Zustimmung Ausdruck und auch der Vorkühende Schwab sprach mit seinem Worte dagegen, wie fälschlich berichtet wurde, auch fand eine Abstimmung über diese Angelegenheit überhaupt nicht statt.

Neumarkt, 19. November. Der Brand in Vorganie am Nachmittage des 17. d. Mts., hat eine mit Getreide gefüllte Scheuer, eine Wagenremise, einen Pferdehalm und ein Wohngebäude des Gutsbesizers Josef Gittler, sowie eine volle Dominialscheuer in Asche gelegt. Sechs Arbeiterfamilien sind obdachlos. Das Vieh konnte gerettet werden. Entermogen, Hähnelmaschine und dergl. verbrannt. Das Feuer griff so schnell um sich, daß das Vieh keine ausreichende Verwendung, da es an Wasser mangelte. Der Brandstifter ist bis jetzt unermittelt.

Katowitz, 18. November. Ein heißungriger Selbstmörder. Gestern früh um vier Uhr erschien, nach einem Bericht des „Oberstl. Ang.“, in einem Lokal in Katowitz ein junger Mann, der dem Keller durch seinen großen Appetit auffiel. Der sonderbare Gast ließ sich nacheinander drei Paar Wurstchen, zwei Schinkenchen, fünf Kuchen, je eine Tasse Kaffee und Schokolade und einen Thee mit Rum servieren, ging dann in die Toilette und jaete sich mittelst eines Revolvers eine Kugel in die rechte Schläfe. Die rasch benachrichtigte Polizei ließ sofort einen Arzt, Dr. Pöbinger, herbeiholen und ordnete die Uebersführung des Schwerverletzten, der während des Transportes verstarb, ins Elisabethstift an. Der Selbstmörder, bei dem kein Gift vorgefunden wurde, ist ein Bergpraktikant Gregor Ruschil aus Boguschnitz, der auf der Emannelengrube beschäftigt war. Zu dem tragischen Vorfall erzählt das „D. L.“ noch: Gregor Ruschil hat sich das Leben genommen, weil seine Eltern seinen Verlebr mit einer 16-jährigen Verführerin, die er liebt, nicht erlauben wollten; aus erlässlichen Gründen, denn der junge Praktikant hätte ebenfalls erst 16 Jahre.

Schwientochlowitz. Eine Bluthat verfestete am Sonntag Abend die Einwohner von Schwientochlowitz in Aufregung. Der Gelegenheitsarbeiter Josef Romawicz war am genannten Abend betrunken nach Hause gekommen und lärmte so laut, daß der Wirth Franz Szondala, der in demselben Hause wohnte, den Skandalmacher zur Ruhe wies. Hierauf geriet Romawicz in Wuth, ergriff eine Art und hieb auf Szondala ein. Bluthieben brach nieder zusammen. Er wurde sofort nach dem Krankenhaus geschafft, wo er hoffnungslos darniederliegt. Der Uebelthäter wurde verhaftet.

Gewerkschaftshaus.

- Freitag, den 21. November:
- Solzarbeiter-Verband.** Zimmer Nr. 1.
 - Gemeindearbeiter-Verband.** Abends. Zimmer Nr. 2.
 - Männer-Gesang-Verein „Vorwärts“.** Zimmer Nr. 1.
- Sonnabend, den 22. November:
- Metallarbeiter-Verband.** Abends, Zimmer Nr. 1.
 - Solzarbeiter-Verband.** Abends, Zimmer Nr. 1.
 - Zimmerer-Verband.** Abends, Zimmer Nr. 1.
 - Solzarbeiter-Versammlung.** Zimmer Nr. 2.
 - Aufseherische-Verband.** Zimmer Nr. 3.
 - Bildhauer-Versammlung.** Zimmer Nr. 5.
 - Vergolder-Verband.** Zimmer Nr. 6.
 - Tabakarbeiter und -Krautkasseler.** Abends, Zimmer Nr. 7.
 - Entmacher-Verband.** Abends unten.
 - Töpfer-Verband.** Abends unten.
 - Zigarrensortirer.** Abends unten.
 - Sozialdemokratischer Verein.** Abends unten.
- Sonntag, den 23. November:
- Wohlfühlvereins-Konzert der Musikbrüder.**
 - Konferenz der Zimmerer.** Von 9 Uhr ab. Zimmer Nr. 1.
 - Bauerarbeiter-Versammlung.** Vorm. 11 Uhr. Zimmer Nr. 2.
 - Säferarbeiter-Verband.** Nachm. 4 Uhr. Zimmer Nr. 3.
 - Maurer-Krautkasseler „Grundstein zur Einigkeit“.** Abends unten.
 - Steinseger-Verband.** Abtags unten.
 - Maurer-Verband.** Vormittags. Abtags unten.
 - Bauerarbeiter-Verband.** Abtags unten.
 - Steinarbeiter-Verband.** Abtags unten.

Versammlungen und Vereine.

- Striegau.** Wahlverein. Sonntag, den 23. d. Mts., Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
- Striegau.** Arbeiter-Redaktion-Verein. Striegau-Gebäude. Sonntag, den 23. November, Nachmittags 8 Uhr: Versammlung bei Jakob in zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.
- Bunzlau.** Öffentliche Versammlung. Sonntag, den 24. d. Mts., Vorm. 10 Uhr, im „Fronenkaal“. Tagesordnung: 1. „Schindel“. Referent: S. Kegel. Der Vorstand.

